

Tendenz zur Partnerschaft und fundamental-demokratischen Gestalt des Sozialstaats gegenüber bloßen kritischen Maßstäben einen Schritt in eine zukunftsweisende Gesamtschau (Kap. 4). Aber eben: Das Fehlen einer Gesellschaftsdoktrin bleibt die empfindliche Schwäche der evangelischen Sozialethik, sie kennt kein geschlossenes System, das macht sie ideologiefähig (S. 100).

Mehr noch, Schmitt macht der von ihm vorgeführten Sozialethik den Vorwurf, ideologisch und nicht kommunikel zu sein; ihre rationale Basis sei zu schmal. Evangelische Sozialethik bleibe eine normative Wissenschaft, die ihr Apriori aus der Theologie nimmt, die profane Realität werde immer schon unter christlichen Wertungen gesehen. Je mehr Aussagen des Glaubens aber direkt in die Soziallehre übernommen werden, desto mehr müssen diese für den Außenstehenden als Ideologie erscheinen (S. 81, 140). Das ist richtig: Das Problem der Sozialethik ist das Problem ihrer Vermittlung; dafür bedarf es, wie der Verf. sagt, eines Ausgangspunktes, der prinzipiell für jedermann zugänglich ist. Wer jedoch die gegenwärtige Diskussion – auf evangelischer und katholischer Seite – überblickt, wird feststellen dürfen, daß gemeinsame Fragen (nach der Bedeutung des Liebesgebots, der theonomien Autonomie, dem Natur-Vernunft-Recht) längst zu konvergenten Ansätzen der Theoriebildung geführt haben. Das kommt hier nicht ins Blickfeld, die Literaturbasis ist zu schmal, die Konfrontation zu steil. Der evangelische Theologe und Ethiker: er ist nicht unglücklich über dieses bedenkenswerte Buch, aber er fühlt sich ein wenig gegen den Strich gebürstet.

Hermann Ringeling

*Martti Lindquist, Economic Growth and the Quality of Life. An Analysis of the Debate within the World Council of Churches 1966–1974. Annals of the*

*Finnish Society for Missiology and Ecumenics XXVII, Helsinki 1975. 227 Seiten. Brosch. DM 30,-.*

M. L. hat den sehr zu begrüßenden, aber äußerst schwierigen Versuch unternommen, die Diskussion über Wirtschaftswachstum und Lebensqualität, wie sie im ÖRK von 1966 bis 1974 geführt wurde, zusammenzufassen und zu analysieren. Die von ihm untersuchten Quellen lassen, dies ist ein wichtiges Ergebnis seiner Arbeit, irgendwelche Schlußfolgerungen über die Existenz oder Nicht-Existenz eines ökumenischen Konsenses in diesen Fragen nicht zu. Ziel seiner Studie, präzise und in gut lesbarem Englisch geschrieben, ist es deshalb, eine kritische Darstellung und Bewertung der Grundaussagen der ökumenischen Diskussion vorzulegen.

Dabei arbeitet L. mit theoretischen Modellen, um zunächst die in Quellen und Literatur – fragmentarisch, widersprüchlich und mehrdeutig wie diese sind – verborgenen Grundstrukturen und alternativen Zielvorstellungen deutlich zu machen. Die Vielzahl unterschiedlicher Ansätze in der wissenschaftlich-theologischen Diskussion wird so auf divergierende, antithetische Modelle reduziert. Ihre idealtypischen Strukturen ermöglichen es, die die Diskussion prägenden Argumente zu ordnen und einander gegenüberzustellen. So werden Parallelen und Spannungen zwischen verschiedenen Ansätzen deutlicher, und es gelingt auch, den durchaus unterschiedlichen sozio-historischen Hintergrund der Verfechter verschiedener Modelle zu klären. L. geht es also darum, strukturelle und inhaltliche Interdependenzen und Abgrenzungen zwischen den die Diskussion kennzeichnenden Modellen aufzuweisen. Darüber hinaus zeigt L. auch, wo Beziehungen zwischen diesen, stark von natur- und sozialwissenschaftlichen Theorien geprägten Auseinandersetzungen über Wachstum- und Entwick-



lungsziele sowie Strukturen von Lebensqualität einerseits und theologischen Interpretationsmodellen des Verhältnisses zwischen Gott, Mensch und Welt (Natur) andererseits bestehen bzw. wo die Argumentationsketten noch wenig verbunden nebeneinander verlaufen. Deutlich wird, daß Ansätze zu einer Neubewertung traditioneller theologischer Interpretationen im ökumenischen Disput vorliegen.

Zur Gesamtdiskussion innerhalb des ÖRK stellt L. kritisch fest: Die Kirchen der sozialistischen Staaten seien unterrepräsentiert gewesen; wichtige Stimmen aus den Entwicklungsländern, insbesondere denen Lateinamerikas, hätten gefehlt, so daß die Diskussion zu einem wesentlichen Teil vor allem durch Standpunkte westlicher Industriegesellschaften bestimmt worden sei.

Die künftige ökumenische Sozialethik sieht er angesichts des Verlaufs und der Ergebnisse der ökumenischen Debatte vor schwierige inhaltliche und methodische Probleme der Begriffsklärung und der Rolle und Methode der Theologie in der interdisziplinären Diskussion gestellt, zugleich aber vor die Notwendigkeit, die Arbeit inhaltlich fortzusetzen:

„Um die Diskussion zu vollenden, ist es notwendig, 1) eine systematische und holistische theologische Bewertung des gesammelten Materials durchzuführen und 2) einen ökumenischen Konsens herbeizuführen, sobald diese Fragen – größtenteils zum erstenmal – auf der Tagesordnung repräsentativer kirchlicher Gremien erscheinen – vor allem auf der Tagesordnung der Fünften Vollversammlung des Weltrates“ (S. 193).

Die inzwischen vorliegenden Materialien zur Fünften Vollversammlung lassen erkennen, wie notwendig es ist, die Arbeiten auch in der von L. vorgeschlagenen Weise weiterzuführen und zu qualifizieren.

Karl Ernst Wenke

Irene Maier (Hrsg.), Gleichberechtigung der Frau in Recht und Politik der Vereinten Nationen. Übereinkommen, Erklärungen, Empfehlungen und Resolutionen. Heggen-Dokumentation 11. Heggen-Verlag, Opladen 1975. 285 Seiten. Paperback DM 14,-.

Rechtzeitig zum Internationalen Jahr der Frau war im Mai 1975 diese informative Zusammenstellung der wichtigsten, die Frau betreffenden Beschlüsse der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen auf dem Buchmarkt erschienen. Die vorliegenden Dokumente zeigen auf, wie weitgehend sich die Vereinten Nationen – die das Jahr 1975 zum Jahr der Frau proklamierten – mit den Problemen der Frau in Familie und Beruf, in Gesellschaft und Politik befaßt und Hilfe zur Bewältigung angeboten haben. Der Haupttitel des Buches („Gleichberechtigung der Frau“) wird mithin nicht jeden ansprechen, insbesondere nicht diejenigen, die die Gleichberechtigung der Frau in unserem Lande schon realisiert sehen.

Aber auch und gerade diese sollten die Forderungen der Vereinten Nationen genau lesen und unsere Wirklichkeit damit vergleichen. So enthält z. B. das Dokument 37 der Internationalen Arbeitsorganisation (vom 22. 6. 1965) zur Problematik der Beschäftigung von Frauen mit Familienpflichten ganz konkrete Forderungen an Staat, öffentliche und private Organisationen und Verbände, die zu realisieren auch der Frau in der Bundesrepublik ein Stück mehr Gleichberechtigung bringen würden.

Ein weiteres Beispiel aus der Dokumentation verdeutlicht nicht nur die Vielseitigkeit der Arbeit der Vereinten Nationen, sondern auch die Diskrepanz zwischen Forderung dieser Weltorganisation und unserem geltenden Recht. Nach dem „Abkommen zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution Anderer“ vom 2. 12. 1949